



Neue Zürcher Zeitung
8021 Zürich
044/ 258 11 11
<https://www.nzz.ch/>

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 104'397
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Seite: 13
Fläche: 82'583 mm²

Auftrag: 1077523
Themen-Nr.: 999.084

Referenz: 67715102
Ausschnitt Seite: 1/3

Der neue Staatsfeind Nummer eins

Mit seinem Ziel, die Sozialleistungen zu kürzen, hat sich der Berner Regierungsrat Pierre Alain Schnegg im ganzen Land Gegner gemacht



Unbeirrbar hält der Berner Gesundheits- und Fürsorgedirektor Pierre Alain Schnegg (svp.) an einer harten Linie gegenüber Sozialhilfeempfängern fest.

ANNICK RAMP / NZZ

LUCIEN SCHERRER

Neue Zürcher Zeitung

Neue Zürcher Zeitung
8021 Zürich
044/ 258 11 11
<https://www.nzz.ch/>

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 104'397
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich



Seite: 13
Fläche: 82'583 mm²



Auftrag: 1077523 Referenz: 67715102
Themen-Nr.: 999.084 Ausschnitt Seite: 2/3

Das unzufriedene Volk versammelt sich jeweils gleich unter Pierre Alain Schneggs Büro in der Berner Altstadt: «Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr uns die Zukunft klaut», skandieren die Demonstranten, sie halten Transparente hoch mit Botschaften wie: «Sozialabbau bekämpfen, Kapitalismus überwinden», «Kahlschlag stoppen» oder ganz einfach «Schnegg muss weg».

An diesem Morgen ist an der Rathausgasse alles friedlich, eine Pendule tickt an der Wand des regierungsrätlichen Cheminéezimmers, in dem während Jahrzehnten Sozialdemokraten die Leitlinien der Berner Fürsorge- und Gesundheitspolitik bestimmten. Die elegante Büroeinrichtung hat Schnegg von seinem Vorgänger übernommen. Nur eine «Weltwoche» auf seinem Arbeitspult erinnert daran, dass hier ein anderer Ton herrscht,

Ritueller Aufruhr im Sozialstaat

seit der SVP-Politiker aus dem frankofonen Berner Jura im April 2016 in die Regierung gewählt wurde.

«Unerbittlicher Christ»

«Die Arbeit», so erklärt er in französisch gefärbtem Hochdeutsch, «muss sich lohnen.» Und: «Wenn junge Leute sich erlauben, die Lehre abzubrechen, weil sie Sozialhilfe beziehen wollen, dann tolerieren wir das nicht mehr.» Wer so spricht, braucht sich nicht um Feinde zu sorgen, sympathischer Akzent hin oder her. Ja, der unscheinbare Unternehmer hat es innerhalb von wenigen Monaten geschafft, zum nationalen Feindbild der Linken aufzusteigen.

«Ein Mann ist dabei, das Leben von gut einer Viertelmillion Menschen zum Schlechten zu verändern», schreibt etwa die «WOZ», hier sei ein «unerbittlicher Christ» am Werk. Schnegg, so der Tenor, will in der Sozialhilfe ein Wettrüsten nach unten lostreten, der Kanton Bern ist ein «Testlabor» für die Sozialpolitik der SVP, und diese könnte letztlich alle rund 260 000 Sozialhilfebezüger in der Schweiz treffen – wegen entsprechender Signalwirkung.

Der Adressat dieser Botschaften wirkt zwar etwas angespannt, zeigt sich von all

den Angriffen aber unbeeindruckt: «Ach, so dramatisch ist das nicht», sagt er. Und dass manche seiner Gegner mit Parolen à la «Kapitalismus überwinden» hausieren, bestätigt ihn nur in seiner Haltung, wonach im Sozialbereich dringend mehr wirtschaftliches Denken gefragt ist. Die bürgerlichen Parteien stehen jedenfalls hinter ihm, nach dem Motto: «Endlich einer, der aufräumt.»

So hat der Berner Grosse Rat am Dienstag beschlossen, den Grundbedarf in der Sozialhilfe generell um 8 Prozent tiefer anzusetzen als von der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (Skos) empfohlen. Schnegg hatte 10 Prozent beantragt, wie das eine bereits vor fünf Jahren überwiesene, vom Amtsvorgänger Philippe Perrenoud (sp.) aber kaum umgesetzte Motion von Ueli Studer (svp.) verlangt hatte. Während linke Parteien, städtische Sozialdienste und Skos-Vertreter monieren, mit den Kürzungen würden massgeblich Kinder, psychisch Angelegene und Alleinerziehende bestraft, sind die Bürgerlichen der Ansicht, die Sozialhilfe sei zu attraktiv.

Fest steht, dass der Kanton Bern bis heute eine der höchsten Sozialhilfequoten in der Schweiz aufweist. Während die Zahl der Bezüger in den letzten Jahren auf konstant hohem Niveau geblieben ist – Ende 2016 waren es rund 47 000 –, haben sich die Kosten seit 2003 mehr als verdoppelt, auf 467 Millionen Franken im Jahr. Und wegen der zunehmenden Zahl von wenig qualifizierten Flüchtlingen spricht inzwischen auch Skos-Co-Präsident Felix Wolfers von einer «sozialpolitischen und finanziellen Zeitbombe».

Schnegg selber versichert, er habe nichts gegen die Sozialhilfe, aber es dürfe nicht sein, dass Leute mit tiefem Einkommen am Ende schlechter dastünden als Sozialhilfebezüger. Tatsächlich übernimmt der Staat nicht nur den Grundbedarf (für Essen, Kleider oder öffentlichen Verkehr), sondern auch die Mietkosten, Krankenkassenprämien und «situationsbedingte Leistungen» wie Zahnarzt-, Optiker- oder, wie in manchen Fällen, Krippenkosten. Daneben

gibt es Zulagen für Integrationsbemühungen und Einkommensfreibeträge für arbeitstätige Bezüger, womit eine vierköpfige Familie auf ein steuerfreies «Einkommen» von 5000 oder gar 6500 Franken kommen kann, wie Gemeindevertreter im Grossen Rat bereits vor fünf Jahren kritisierten.

«So geht das doch nicht!»

Um die Leute zum Arbeiten zu animieren, will Schnegg die Integrationszulagen und die Einkommensfreibeträge erhöhen, aber auch die Kontakte der Sozialdienste zur Wirtschaft verbessern. Denn hier liegt seiner Meinung nach einiges im Argen. Neulich, so erzählt er, habe er zwei Sozialdienste in derselben Region besucht. Der eine sei auf allen Gewerbeschaufen präsent, besuche alle Firmen in der Region und schaffe es, viele Leute in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Dem anderen Dienst gelinge gar nichts. «Ich habe gefragt: Welche Kontakte haben Sie zur Wirtschaft? Da kam nach langem Studieren die Antwort: «Ab und zu ruft jemand an und fragt, ob wir jemanden haben.» So geht das doch nicht!»

Schneggs Elan stösst im bürgerlichen Lager auf Begeisterung, bei vielen Sozialdiensten kommt sein forschender Stil dagegen nicht sonderlich gut an. Er sei im persönlichen Umgang zwar sehr angenehm und stelle intelligente Fragen, heisst es. Aber bei der Sozialhilfegesetzesrevision habe er Gemeinden und Fachleute einfach übergangen, niemanden angehört und auf eine zweite Vernehmlassung verzichtet – das sei ein neuer, «schlechter Stil».

Sicher ist: Schnegg ist es gewohnt, den Takt vorzugeben und sich nicht durch Einwände beirren zu lassen. Aufgewachsen in der Nähe von Moutier als Sohn eines Mechanikers, studiert er Wirtschaftsinformatik und gründet schon während des Studiums seine erste Firma. 1987 steigt er ins Software-Geschäft ein, wird Unternehmer des Jahres. Als er seine Firma Pro-Concept 2014 endgültig verkauft, zählt sie über hundert Mitarbeiter. In die Politik verschlägt es Schnegg eher zufällig: Vor der Grossratswahl 2014 fragt die SVP den parteilosen Gemeindepoliti-

Neue Zürcher Zeitung

Neue Zürcher Zeitung
8021 Zürich
044/ 258 11 11
<https://www.nzz.ch/>

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 104'397
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich



Seite: 13
Fläche: 82'583 mm²



Auftrag: 1077523 Referenz: 67715102
Themen-Nr.: 999.084 Ausschnitt Seite: 3/3

ker aus Champoz an, ob er kandidieren wolle – «und dann», so drückt er es aus, «ist alles ein bisschen schnell gegangen».

Der verdächtige Vertraute

Als Präsident der Bernjurassischen Spitäler macht der Senkrechtharter mehr als Gesundheitspolitiker von sich reden denn als sozialpolitischer Hardliner. Damals galt er auch bei politischen Gegnern als gmögiger (vielleicht auch: harmloser) Zeitgenosse – kein Blocher, sondern ein «Guy Parmelin des Berner Juras», wie die «Berner Zeitung» nach seiner Wahl in

den Regierungsrat schreibt.

Solche Vergleiche wagt inzwischen niemand mehr anzustellen – dafür mutmassen Schneggs Gegner, er lasse sich in der Sozialpolitik von «SVP-Strategen» treiben. Besonderen Argwohn weckt die Tatsache, dass der Gesundheits- und Fürsorgedirektor mit Yves Bichsel einen Generalsekretär ernannt hat, der nicht nur seinen strengen Glauben teilt (beide sind Mitglieder erzkonservativer Freikirchen), sondern auch als SVP-Hardliner gilt.

Schnegg hat dafür nur ein Lächeln

übrig: «Die grossen Linien gebe ich vor», sagt er bestimmt. Eine Direktion zu leiten, sei in vielem ganz ähnlich, wie eine Firma zu führen. Was Schnegg in der Verwaltung jedoch fehlt, ist eine Vision: «Warum sagt der Kanton Bern nicht: «In zwanzig Jahren brauchen wir keinen Finanzausgleich mehr»? Das wäre eine Vision, und ich bin sicher, dass wir alle Voraussetzungen haben, um das zu erreichen.» Ob Berns Beispiel in Sachen Sozialhilfe Schule machen wird, bleibt abzuwarten.